

## Artikel 5 des Grundgesetzes

Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes enthält zahlreiche Grundrechte, welche die freie Kommunikation schützen. Art. 5 Absatz 1 GG garantiert die Meinungsfreiheit. Dieses Grundrecht schützt die Freiheit, Meinungen frei zu äußern und zu verbreiten.

„Wir sind bereit, eine stark europaorientierte Regierung zu unterstützen, die die Sprachminderheiten und die Autonomien schützt. Italien braucht in dieser Zeit keine Regierungskrise.“

Die Präsidentin der Autonomie-Gruppe im Senat und SVP-Senatorin Julia Unterberger



### BLICK NACH BERLIN

## Querdenker – von wegen ...

DEFINITION: Einst Rechte, jetzt auch Linke gemeint



von Florian Stumfall

Das vor kurzem bezeichnete Wort „Querdenker“ einen kritischen, selbstständig denkenden Menschen mit einem guten Schuss Misstrauen – eigentlich durchaus eine Anerkennung. Doch, so neu das Wort auch ist – kaum 15, 20 Jahre alt –, hat es jetzt schon eine Änderung seiner Bedeutung erfahren. Das liegt an einer Gruppe, die sich Querdenker nennt und ihr Misstrauen gegen die Corona-Politik der Bundesregierung und deren Begründungen richtet. Sichtbar werden diese Leute anlässlich verschiedener Demonstrationen.

Aha, sagt man sich da, ein klarer Fall: Das trifft Grundgesetz-Artikel 5, Meinungsfreiheit, und Artikel 8, Versammlungsfreiheit. Kein Problem. Aber so einfach ist die Sache nicht. Denn die Querdenker geraten in zunehmendem Maße ins Visier der Sicherheitskräfte und werden mehr und mehr im Zusammenhang mit rechtsextremen Kräften genannt, wenn sie nicht sogar gleich dazugezählt werden. Da nützt auch die Berufung aufs Grundgesetz nichts – denn alles, was als „rechts“ gilt, und das geht weit in die bürgerlichen Reihen, hat jene Rechte längst verspielt, jedenfalls in der Praxis.

Natürlich wird auch der Vorwurf erhoben, die Querdenker gäben Rechtsextremen Rückendeckung bei deren Gewalttaten, machten sich so mit-schuldig und müssten von den Sicherheitskräften überwacht werden. Doch das geschieht längst, sonst hätte sich folgendes Ereignis nicht begeben können: Da hat das Bundeskriminalamt unter der Geheimhaltungsstufe „VS – nur für den



So sieht das Logo des deutschen Bundeskriminalamtes aus.

Dienstgebrauch“ (VS heißt Verschlussache) an das Außenamt, den Bundesnachrichtendienst, die Landeskriminalämter, den Bundesnachrichtendienst und wenige andere Befugte ein Schreiben herumgeschickt, dessen Inhalt manchen verstört haben dürfte. Dort heißt es nämlich, dass die größte Gefahr im Zusammenhang mit Querdenker-Demonstrationen von der gewaltbreiten Linken ausgeht. Da scheint also jemand unter falscher Flagge zu versuchen, den politischen Gegner in Misskredit zu bringen.

Das wäre an sich keine besondere Sache, wenn nicht die Politiker dieses Spiel der Antifa mitgespielt – und sei es nur dadurch, dass man versucht, den Vorgang zu vertuschen. Das Bundeskriminalamt bemüht juristische Mittel, die Verbreitung dieser Nachricht, die eine Schlagzeile wert wäre, zu unterbinden. Gebracht hat es bisher unter den Tageszeitungen allein der kleine „Nordkurier“ aus Mecklenburg-Vorpommern.

Die Bundesregierung aber will es anders. Sie hat gerade ein Programm „Kampf gegen rechts“ aufgelegt und mit 1,1 Milliarden Euro ausgestattet. Vielleicht können da die Linksextremen ihre Spesen aus den Querdenker-Aktivitäten geltend machen.

# „Fließbandarbeit“ in Rom

REGIERUNGSKRISE: Mattarella versucht, die Stimmung für die Bildung einer neuen Regierung auszuloten

ROM (mit). Wie geht es in Rom jetzt weiter? Staatspräsident Sergio Mattarella beendet heute Abend seine politischen Konsultationen und muss dann eine Bilanz der 3-tägigen Gesprächsrunde ziehen. Mattarella muss entscheiden, ob die Bedingungen für die Bildung einer dritten Regierung um Ministerpräsidenten Giuseppe Conte vorhanden sind.

Er könnte auch eine neue Reihe von Konsultationen ab nächster Woche ankündigen. Sollte Mattarella keinen Ausweg aus der Krise finden, könnte er Neuwahlen ausrufen, 2 Jahre vor Ende der Legislaturperiode. Mattarella will dies verhindern, da sich Italien laut dem Präsidenten einen mehrmonatigen Wahlkampf inmitten der Pandemie nicht erlauben könne. Das Treffen des Staatspräsidenten mit Italia Viva-Gründer Matteo Renzi, der mit dem Austritt seiner Partei aus dem Regierungsbündnis vor 2 Wochen die Regierungskrise ausgelöst hatte, brachte keine Klarheit. Renzi sprach sich vor Mattarella gegen Neuwahlen aus, die seiner Ansicht nach ein „gravierender Fehler“ für Italien wären. „Das Land braucht dringend eine Regierung. Wir bevorzugen ein politisches Kabinett statt einer Einheitsregierung, sind aber auch einer Einheitsregierung nicht abgeneigt“, so der Toskaner. Er forderte eine europaorientierte Regierung, die sich um die konstruktive Nutzung der riesigen EU-Finanzhilfen bemühe, die Italien im Rahmen des EU-Wiederaufbauprogramms „Next Generation EU“ erhalten wird. Eine Versöhnung mit Conte schloss Renzi nicht aus. Es sei zu einem Telefongespräch mit dem Premier gekommen. „Wir sind weder verantwortungslos noch



Staatspräsident Sergio Mattarella (links) empfängt die Delegation des PD.

APA/afp/FRANCESCO AMMENDOLA

unzuverlässig, wie unsere Kritiker behaupten“, versicherte Renzi. Der Ex-Partner 5 Sterne solle entscheiden, ob eine neue Koalition mit Italia Viva wieder auf die Beine gestellt werden könne.

Mattarella beendete die Gesprächsrunde gestern mit Kon-

sultationen mit der PD-Delegation. Parteichef Nicola Zingaretti sprach sich klar für eine dritte Regierung Conte aus. „Das neue Kabinett muss sich auf eine solide parlamentarische Basis im Einklang mit der besten europäischen Tradition stützen. Dieses Fundament ist notwendig,

um die Herausforderungen der Pandemie und der Wirtschaftskrise zu bewältigen. Außerdem benötigt Italien institutionelle Reformen für seinen Neustart“, sagte Zingaretti. © Alle Rechte vorbehalten



## SVP bleibt Regierung Conte treu

SONDIERUNGEN: Unterberger, Gebhard und Schullian beim Staatspräsidenten

ROM (mit). Bei den politischen Konsultationen mit Staatspräsident Sergio Mattarella hat sich die Delegation der Südtiroler Volkspartei (SVP) gestern gegenüber dem Staatsoberhaupt für eine dritte Regierung unter der Führung des zurückgetretenen Premiers Giuseppe Conte ausgesprochen. „Wir sind bereit, eine stark europaorientierte Regierung zu unterstützen, die die Sprachminderheiten und die

Autonomien schützt. Italien braucht in dieser Zeit keine Regierungskrise. Das Land benötigt Stabilität mit einer politischen Regierung und nicht mit einem Expertenkabinett“, sagte Julia Unterberger, die Präsidentin der Autonomie-Gruppe.

Neuwahlen sieht sie aktuell als die schlechteste Option, die niemand ernsthaft in Betracht zieht. Ein monatelanger Stillstand und ein Wahlkampf mit-

ten in einer sanitären und wirtschaftlichen Krise sei nicht im Interesse der Menschen, betonte Unterberger. Der Delegation der Südtiroler Volkspartei für die politischen Konsultationen mit Staatspräsident Sergio Mattarella gehörten auch die SVP-Fraktions-sprecherin in der Kammer Renate Gebhard sowie der Vorsitzende der gemischten Fraktion in der Abgeordnetenkammer Manfred Schullian an.

### EUROPA-SPLITTER

# Kommt Nachhaltigkeit nun zum Zug?

JAHRE DER SCHIENE: 2021 ist dem Ausbau des Schienenverkehrs gewidmet – der Umwelt zuliebe

In der EU verläuft ein Schienennetz in der Länge von 200.000 Kilometern. Nach Deutschland, Frankreich und Polen steht Italien mit über 15.000 Kilometern an vierter Stelle. Dieses Netz soll eine neue Bedeutung bekommen: Die Europäische Union hat 2021 zum Europäischen Jahr der Schiene erklärt. Damit will man die Öffentlichkeit aufrütteln und einen Umstieg von der Straße auf die Schiene bewirken.

Somit kommt ein recht altes Verkehrsmittel zu neuer Glorie. Es war bereits 1860, dass die für Österreich so wichtige Bahnstrecke Wien-Linz-Salzburg dem Verkehr übergeben wurde. Diese Verkehrsschlagader wurde vom damaligen k. u. k. Handelsminister Georg Otto Togggenburg geplant und verwirklicht und ging als „Kaiserin Elisabeth Bahn“ in die Verkehrsgeschichte ein.

160 Jahre danach steht Österreich allerdings immer noch bestens da in Sachen Zug-Performance. Denn was die Anzahl der pro Person und Jahr gefahrenen Binnenkilometer angeht, ist Ös-



Die Reise beginnt – 2021 ist das Europäische Jahr der Schiene!

APA

terreich Schienenkaiser und führt die EU-Zugstatistik der 25 Staaten an (Malta und Zypern haben kein Schienennetz).

War die Bahn vor 160 Jahren ein zentrales Mittel, die Industrialisierung voranzutreiben, so soll sie nun deren negative Effekte ausbügeln. Die Treibhausgase stammen in nicht unerheblichem Ausmaß aus dem Verkehr. Und es sind die Verbrennungsmotoren des Privat- und Lastverkehrs, die unser Klima erwärmen.

Von den Treibhausgasen, die aus dem Verkehr kommen, gehen nämlich 72 Prozent auf den Straßenverkehr zurück, während der Schienenverkehr für weniger als 0,5 Prozent verantwortlich ist.

Es ist folglich klar, mit welchem Transportmittel unser Umweltdilemma gelöst werden kann. Dennoch bleibt der Anteil des Schienenverkehrs am Gesamtverkehrsvolumen seit Jahren konstant und ist erst letzthin leicht angestiegen: Kaum 8 Prozent der

Passagiere benützen den Zug, während über 80 Prozent das Auto nehmen.

Die Zahlen sind ähnlich im Frachtverkehr – 76 Prozent des Frachtverkehrs bewegt sich auf der Straße und nur 18 Prozent auf der Schiene. Europa muss und will umdenken.

In ihrer jüngsten Strategie „für nachhaltige und intelligente Mobilität“ steckt die EU-Kommission ambitionierte Ziele. Die verkehrsbedingten Emissionen sollen bis 2050 um 90 Prozent reduziert werden. Bis 2030 sollen auf Europas Straßen 30 Millionen emissionsfreie Fahrzeuge unterwegs sein, und der Hochgeschwindigkeitsbahnverkehr soll sich verdoppelt haben.

All dies erfordert massive Anstrengungen. Die Kommission erklärt die Politik der kleinen Schritte für gescheitert. In ihrem „Green Deal“ fordert sie, dass ein wesentlicher Teil der 75 Prozent EU-Inlandsfracht, die derzeit auf der Straße befördert wird, auf Schiene und Binnenwasserstraßen verlagert werden.

### 5 FRAGEN AN ...

#### ... Gabriel N. Togggenburg \*



„Dolomiten“: „Jahr der Schiene“ – das klingt nach einer PR-Maßnahme?

Gabriel N. Togggenburg: Ist es auch 8 Millionen Euro werden zur Verfügung gestellt, um die Vorteile des Schienenverkehrs zu kommunizieren.

„D“: Ist Kommunikation nicht zu wenig?

Togggenburg: Die Maßnahme sieht u. a. auch vor, in einer Studie zu untersuchen, ob ein europäisches Gütesiegel eingeführt werden sollte – für Waren, die auf der Schiene befördert wurden. Das soll Unternehmen anregen, Beförderung auf die Schiene zu verlagern.

„D“: Studien und Etiketten werden da wohl nicht ausreichen – oder?

Togggenburg: Die eigentliche europarechtliche Regulierung findet ja auch ganz woanders

statt: bei der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen und der technischen Bahnvorschriften. Die Regelung der Bahnsysteme war sehr lange ein Hort nationaler Präferenzen, und deshalb hatten wir es mit einem Flickenteppich zu tun. Wir Südtiroler kennen das von jener langen halben Stunde, die wir stets im stehenden Zug am Brenner saßen.

„D“: Bleibt es beim Flickenteppich?

Togggenburg: Seit Herbst 2020 ist das „Vierte Eisenbahnpaket“ der EU umgesetzt. Zentrale Aspekte der Interoperabilität, der Sicherheit und der Genehmigungsverfahren wurden angeglichen.

„D“: Was haben wir davon?

Togggenburg: Die EU-Kommission erwartet sich mehr Effizienz und einen nutzerfreundlicheren Bahnverkehr. Auf den kommerziellen Strecken sollen die Fahrpreise sinken.

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz